



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Elke Heinrichs

Donnerstag, 21. Jänner 2016

Antrag

Betrifft: „Psychotherapie anstelle von Psychopharmaka“

Am 17.09.2013 gab es aus meiner Richtung einen Antrag in Form einer Petition an den Bundesgesetzgeber des Inhalts, die Voraussetzungen für die Behandlung psychisch kranker Menschen gegen Kassenverrechnung und ohne lange Wartezeiten schaffen zu wollen.

Seit dieser Zeit hat sich an der sehr problematischen Gesamtsituation auf diesem Gebiet nichts geändert. Ganz im Gegenteil:

Diversen regelmäßigen Medienberichten zufolge sind eine steigende Anzahl psychisch Erkrankter, damit einhergehend oft lange Phasen der Berufsunfähigkeit und frühzeitige Pensionierungen, zu verzeichnen. Es ist ein Faktum, dass das weitverbreitete Leiden an seelischen Krankheiten auch zum Wirtschaftsfaktor im negativen Sinne geworden ist.

Den ausführlichen Schilderungen der komplexen Problematik in einem Journal-Panorama (10.12.2015) in Ö1 bzw. einem diesbezüglichen Artikel im Kurier (16.12.2015) nach, möchte ich hiermit mein Anliegen, wonach der einfachste Zugang zur Psychotherapie auf Kassenersatz für alle Menschen gewährleistet sein soll, wiederholen und Nachdruck verleihen. Die ärmsten Mitmenschen in der Hierarchie der Gesellschaft Österreichs leiden unter der Kompliziertheit des Zugangs am meisten!

Im Wesentlichen wird in den besagten Berichten folgendes dargelegt:

2009 waren 900.000 Menschen in Österreich wegen psychischer Symptome in ärztlicher Behandlung. Tendenz steigend. Die meisten PatientInnen erhalten Psychopharmaka, vor allem Antidepressiva. Psychische Erkrankungen verursachen die längsten Krankenstände (laut Sozialminister Hundstorfer: 3,5 Milliarden Euro Kosten aufgrund von Firmenausfällen!) und führen als häufigste Gründe zu Frühpensionierungen.

Ein wesentlicher, sehr bedenklicher Aspekt ist die Tatsache, dass immer mehr junge Menschen mit psychischen Problemen Schule und Ausbildung abbrechen und somit den Einstieg in den Arbeitsmarkt gar nicht erst schaffen.

Haben sich Erkrankte endlich (!) dazu entschlossen, eine Therapie zu beginnen, ergeben sich zu oft bürokratische Hindernisse bis hin zu langen Wartezeiten.

Die Komplexität der Gründe dafür hier darzulegen, würde den Rahmen sprengen.

Allerdings erlaube ich mir diese vereinfachte Darstellung:

Die 22 verschiedenen Sozialversicherungsträger Österreichs „einigen“ sich in unterschiedlichen Abkommen mit diversen Therapieeinrichtungen (in der Steiermark sind das 17 Vertragspartner) auf beschränkte Kontingente, wobei es bislang nicht einmal möglich war, ein einheitliches Antragsformular für alle Versicherungsträger zu gestalten. In der Folge ergeben sich intransparente, umständliche Regelungen (auch für TherapeutInnen!), nicht selten werden Kriseninterventionszentren eingeschaltet, um PatientInnen und TherapeutInnen zusammenzuführen.

Wenn zur Krankheit massive bürokratische Hürden kommen, so bedeuten diese Zusatzbelastungen, die oftmals zur Entscheidung führen, auf eine Therapie zu verzichten. Stattdessen bemüht man sich – der Einfachheit halber - um die Verschreibung von Medikamenten, welche immerhin auf Kassenkosten zu erhalten sind!

Knapp eine Million Menschen nehmen jährlich Kassenleistungen wegen psychischer Erkrankungen in Anspruch, ein Großteil davon entfällt auf Psychopharmaka. - Das entspricht einem Zuwachs von 31% an Ausgaben für Psychopharmaka zwischen 2006 und 2013 (Quellen: Donau-Universität Krems, IMS Health, PVA, ÖGPP).

Anders gesagt: Die Verschreibung von Psychopharmaka boomt!

Es kommt dazu, dass aus verschiedensten Gründen viele Medikamente wiederum entsorgt werden. Laut ExpertInnenmeinung könnte also unter anderen Voraussetzungen ein Viertel der Finanzierung hier eingespart und für Psychotherapie verwendet werden.

Bei Investition in flächendeckende Psychotherapie könnten weiters andere Bereiche des Gesundheitsapparates (Versorgung in Ambulanzen -24%, stationäre Versorgung -37%) entlastet werden. Desgleichen das Pensionsversicherungssystem.

Noch ein Beispiel für den allgemeinen volkswirtschaftlichen Aspekt: Nicht selten kommt es nach einem längeren Krankenstand zur Kündigung, womit das AMS auf den Plan gerufen ist.

Die einheitliche Psychotherapieversorgung in Österreich findet sich nicht nur als gesetzliche Vorgabe, sondern auch im Programm der aktuellen Bundesregierung und in den Rahmenbedingungen für die Gesundheitsreform! Die Gesamtproblematik ist also bewusst, die Umsetzung weiterhin fraglich. Es fehlt nach wie vor der längst ausstehende Gesamtvertrag zur Vereinfachung jeglicher Vorgehensweise.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Damit die Behandlung aller psychisch erkrankten Menschen gegen Kassenverrechnung nach dem Sachleistungsprinzip und ohne lange Wartezeiten möglich gemacht wird, tritt die Stadt Graz an den Bundesgesetzgeber in Form einer Petition heran. Zur bürokratischen Erleichterung und Zugangsvereinfachung soll in Zusammenarbeit mit den Sozialversicherungsträgern entsprechend dem aktuellen Regierungsprogramm ein Gesamtvertrag für eine bundesweit einheitliche Vorgehensweise ausgearbeitet werden.